



Inhalt

Bundesbeamten und -beamte

[Bundestag beschließt Besoldungserhöhung](#)

Verkehr

[Reform der Autobahn-Verwaltung geht voran](#)

Gesundheit/Pflege

[„Linke Tasche, rechte Tasche: Das funktioniert nicht mehr
ewig“](#)

Bildung

[Digitalisierung der Schulen fachübergreifend begleiten](#)

70 Jahre DBB Nordrhein-Westfalen

[Öffentlicher Dienst: Garant für freiheitlich-rechtsstaatliche
Ordnung](#)

dbb bundesfrauenvertretung

[Gleichstellungsgesetzgebung: Sachsen kann Vorbild sein](#)

dbb bundessenorenvertretung

[Internationaler Tag der älteren Menschen: Für respektvollen
Umgang](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Tarifverhandlungen zur Verwaltungsreform: Einigung schafft
Perspektive](#)

Hessen

[dbb und FDP: Pakt für zukunftssicheren öffentlichen Dienst](#)

Niedersachsen

[Kürzungen bei Pensionen sind inakzeptabel](#)

Nordrhein-Westfalen

[Land zahlt deutlich zu wenig Geld in Pensionsfonds ein](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[World Teachers` Day: Investitionen in Lehrerausbildung gefordert](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Schneller Zugriff auf kriminelle Vermögen](#)

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (VBOB)

[Bund: Beamtinnen und Beamte wollen Arbeitszeitverkürzung](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Zoll braucht mehr Ausbildungskapazitäten](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Bundesbeamtinnen und -beamte **Bundestag beschließt Besoldungserhöhung**

Der Deutsche Bundestag hat der geplanten Besoldungserhöhung für Beamtinnen und Beamte des Bundes wie erwartet zugestimmt.

Bereits im Frühjahr hatte sich der dbb mit dem Bund auf höhere Gehälter für die Tarifbeschäftigten geeinigt. Mit der Verabschiedung des „Bundesbesoldungs- und versorgungsanpassungsgesetzes 2018/2019/2020“ wird das Volumen dieser Tarifierhöhung nun endgültig systemgerecht auf die Empfängerinnen und Empfänger von Besoldung und Versorgung beim Bund übertragen. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach lobte am 28. September 2018 die Entscheidung: „Verlässlichkeit ist ein hohes Gut, gerade zwischen Sozialpartnern. Daher ist es zu begrüßen, dass sowohl Regierung als auch Parlament ihrer Verantwortung für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger wie erwartet gerecht geworden sind.“

Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, wertete insbesondere die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfes durch den Bundestag als starkes Signal: „Dass das Parlament die Besoldungs- und Versorgungserhöhung ohne Gegenstimmen verabschiedet hat, ist ein Zeichen der Wertschätzung von der Politik an die Beschäftigten. Die Bedeutung eines starken Berufsbeamtentums und eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes insgesamt sind zum Glück mittlerweile fest in den meisten Köpfen verankert – ebenso die Tatsache, dass man beides nicht ohne leistungsgerechte Bezahlung bekommt.“

Verkehr

Reform der Autobahn-Verwaltung geht voran

Die neue Verwaltung der Bundesfernstraßen nimmt langsam Gestalt an. am 1. Oktober 2018 wurde in Leipzig das neue Bundesfernstraßenamt eröffnet. Kurz zuvor hatten der dbb und das Bundesverkehrsministerium in einer gemeinsamen Erklärung über den Stand der Tarifverhandlungen für die Infrastrukturgesellschaft informiert.

Bis zum Jahr 2021 geht die Zuständigkeit für die Bundesfernstraßen von den Ländern auf den Bund über, wo mit wechselwilligen Landesbeschäftigten eine Infrastrukturgesellschaft (IGA) und ein Bundesfernstraßenamt eingerichtet werden. „Wir können diese Reform nur gemeinsam schultern“, betonte der Zweite Vorsitzende des dbb, Friedhelm Schäfer, bei der Eröffnung des Bundesfernstraßenamts im Beisein von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer.

Für eine reibungslose Zusammenarbeit mit der IGA brauche man im Bundesfernstraßenamt eine entsprechende personelle Ausstattung und einen nachhaltigen Dialog über die Ausgestaltung der beamtenrechtlichen Belange der Beschäftigten. „Wir erwarten, dass dieser Austausch direkt und unmittelbar gestaltet wird und der Dienstherr auf das umfangreiche Know-how und die Professionalität der Kolleginnen und Kollegen zurückgreift. Dieser interne Sachverstand kann einen wesentlichen

Beitrag zum Gelingen der tiefgreifenden Neugestaltung des Bundesfernstraßen-Managements leisten“, zeigte sich Schäfer überzeugt.

Kurz zuvor hatten der dbb (Verhandlungsführer: Tarifchef Volker Geyer) und das Bundesverkehrsministerium über den Stand der Tarifverhandlungen für die IGA informiert. Einigkeit besteht demnach beispielsweise darüber, dass es dort zwei zentrale Tarifverträge geben soll: Einen Tarifvertrag für die Beschäftigten der IGA („TV IGA“) und einen Einführungs- und Überleitungstarifvertrag („EÜTV IGA“). Inhalte und Aufbau des TV IGA sollen sich eng an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst anlehnen. Das gilt auch für die Grundstruktur der Entgeltordnung. Im EÜTV IGA wiederum sollen etwa die tariftechnische Überleitung der Länder-Beschäftigten geregelt und – den Vorgaben des Fernstraßen-Überleitungsgesetzes entsprechend – die Bestandsschutzregelungen umgesetzt werden.

Gesundheit/Pflege

„Linke Tasche, rechte Tasche: Das funktioniert nicht mehr ewig“

Eine langjährige Forderung des dbb ist erfüllt: Die Beiträge in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) werden künftig wieder paritätisch finanziert. Gleichzeitig steigen jedoch die Beiträge zur Pflegeversicherung.

„Der dbb fordert seit langem eine gerechte Lastenverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“, so dbb Chef Ulrich Silberbach am 8. Oktober 2018 anlässlich der Anhörung zum „GKV-Versichertenentlastungsgesetzes“ im Gesundheitsausschuss des Bundestages. Es gebe jedoch bei der Entlastung der Beitragszahler noch Luft nach oben. „Aus unserer Sicht gehören Zuzahlungen für Arzneimittel, Rezeptgebühren oder die täglich zu entrichtenden zehn Euro bei stationärem Krankenhausaufenthalt abgeschafft, um die Versicherten weiter zu entlasten. Hier darf jetzt nicht auf halber Strecke Halt gemacht werden.“

Zumal die Versicherten an anderer Stelle demnächst stärker zur Kasse gebeten würden: Der Entwurf des „Pflegeversicherungs-Beitragssatzanpassungsgesetzes“ (BSAG; diese Woche im Kabinett) aus dem Haus von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sieht vor, den Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung ab dem 1. Januar 2019 um insgesamt 0,5 Prozentpunkte auf künftig 3,05 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen anzuheben. Der im Gegensatz zum allgemeinen Beitragssatz nicht paritätisch finanzierte Zuschlag für Kinderlose in Höhe von 0,25 Prozent soll bleiben.

„Die Beitragsanhebung trägt den Nachwirkungen der Gesetze zur Stärkung der Pflege Rechnung. Denn damit werden die Kosten aufgefangen, die mit den dringend erforderlichen Verbesserungen für das Pflegepersonal und den umfangreichen Leistungsausweitungen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einhergehen. All diese Maßnahmen begrüßen wir ausdrücklich“, so Silberbach. Vor allem angesichts des Fachkräftemangels in den Pflegeberufen sei sofortiges und konsequentes Handeln dringend erforderlich. Aus Sicht des dbb gingen die Maßnahmen zur Finanzierung zusätzlichen Personals, zu Tarifsteigerungen und Verbesserungen in der ambulanten Pflege noch gar nicht weit genug.

„Nichtsdestotrotz darf der Grundsatz der Beitragssatzstabilität nicht aus den Augen verloren werden“, betonte der dbb Chef mit Blick auf die umfangreichen Gesetzesvorhaben in der Sozialversicherung. Es bleibe abzuwarten,

ob im Falle einer konjunkturellen Abkühlung „der Ausfall von Beitragseinnahmen spurlos an der Entwicklung der Lohnnebenkosten vorübergehen kann“. Klar sei hingegen: „Linke Tasche, rechte Tasche – das funktioniert in Zeiten des demografischen Wandels nicht mehr ewig. Wer ein böses Erwachen verhindern will, braucht nachhaltige Reformen.“

Die vom dbb Chef gelobten Verbesserungen in der Pflege sind zum Teil im geplanten Pflegepersonal-Stärkungsgesetz enthalten, zu dem es ebenfalls in dieser Woche eine Sachverständigenanhörung im Gesundheitsausschuss gab. „Die zahlreichen zurückliegenden Pflegereformen hatten hauptsächlich die Pflegebedürftigen im Fokus. Zwingend mit der Sicherstellung einer hohen Qualität pflegerischer Versorgung verbunden ist aber auch die Situation der Pflegefachkräfte – insbesondere ihre Arbeitsbedingungen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird nun endlich auch etwas für die Beschäftigten vor Ort getan“, sagte dazu dbb Tarifchef Volker Geyer. Neben der Umsetzung der langjährigen dbb Forderung nach einer vollständigen Refinanzierung der Tarifsteigerungen für das Personal sieht das Gesetz unter anderem vor, dass künftig die Krankenhaus-individuellen Personalkosten aus den Fallpauschalen herausgerechnet und gesondert vergütet werden. „Wir müssen davon wegkommen, dass die Krankenhäuser die pflegerisch Beschäftigten nur als Kostenfaktor betrachten. Der vorgelegte Gesetzentwurf leistet hier einen entscheidenden Beitrag.“

In punkto Personaluntergrenzen im Krankenhaus, die im Gesetzentwurf zunächst auf wenige, pflegeintensive Bereiche begrenzt waren, nun aber anhand von Personalquotienten auf den gesamten Krankenhausbereich ausgeweitet werden sollen, sieht der dbb Vize noch offene Fragen: „Wir stehen vor dem Problem, dass dem Pflegepersonal vorbehaltene Tätigkeiten derzeit noch gar nicht einheitlich definiert sind. Entsprechend ist die Zielrichtung zwar erfreulich, der beschrittene Weg jedoch nicht wirklich geeignet, um ein valides ‚Soll‘ an Personalbedarf zu ermitteln.“ Ausdrücklich zu begrüßen seien hingegen die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie

und Beruf. „Der vorgesehene eigenständige Rechtsanspruch auf eine stationäre Reha-Maßnahme für pflegende Angehörige unab-

hängig davon, ob zunächst eine ambulante Behandlung erfolgte, spiegelt genau unsere Forderung wider“, so Geyer.

Bildung

Digitalisierung der Schulen fachübergreifend begleiten

Unterricht im digitalen Zeitalter funktioniert nur, wenn Medienerziehung für die Schülerinnen und Schüler in allen Bildungseinrichtungen als fachübergreifende Aufgabe wahrgenommen wird.

Darauf hat dbb Vize Jürgen Böhm im Gespräch mit dem sächsischen Kultus-Staatssekretär Herbert Wolff am 26. September 2018 in Dresden hingewiesen. „Ohne die systematisch aufbauende Vermittlung eines sicheren, kompetenten und reflektierten Umgangs mit neuen Medienformen besteht Gefahr, dass die Risiken digitaler Bildungsmittel ihre Chancen überwiegen“, machte Böhm deutlich.

Anlass der Unterredung war der aktuelle Stand der Umsetzung der Strategie „Bildung in der

digitalen Welt“, die erstmals 2016 von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellt wurde. Böhm wies Wolff, der bei der KMK Co-Vorsitzender der Lenkungsgruppe für die Umsetzung ist, in diesem Zusammenhang auf das dbb Positionspapier „Wie gestalten wir Bildung im digitalen Zeitalter?“ hin. Der dbb Vize zeigte sich außerdem überzeugt, dass Expertise und Praxisnähe der im dbb organisierten Lehrerverbände bei der Umsetzung wertvolle Impulse geben werden.

70 Jahre DBB Nordrhein-Westfalen

Öffentlicher Dienst: Garant für freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung

Der öffentliche Dienst ist ein entscheidender Garant für den Schutz der freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach anlässlich eines Festakts zum 70-jährigen Bestehen des dbb beamtenbund und tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) am 8. Oktober 2018 in Düsseldorf.

„Der Blick in die Geschichte, analytisch und reflektierend auf die Gegenwart, ist lehrreich, gerade in diesen Tagen“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende mit Verweis auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, in denen extremistische Strömungen und ihre Akteurinnen und Akteure „jeder politischen Couleure in einem massiven und unerträglichen Ausmaß aufgetreten sind, indem sie gegen jedes Recht und jede Ordnung verstießen, menschenfeindlich und mit Gewalt ihre Überzeugungen durchzusetzen strebten.

Solchen Entwicklungen müssen und werden wir uns mit aller Entschlossenheit entgegenstellen – gesellschaftlich ebenso wie politisch“, forderte Silberbach und verortete die Verantwortung insbesondere bei der Politik: „Wer um einen glasklaren, in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wurzelnden Standpunkt herumblaviert und sich nicht zu klaren Ansagen an solche Extremisten durch-

ringen kann, verspielt Glaubwürdigkeit und Vertrauen und schafft Verunsicherung.

Dies ist aber, wie uns die Historie lehrt, genau jene fragile Stimmung, aus der in diesem Land schon einmal Schlimmes, Unfassbares, Unsägliches entstand: Fremdenhass mündete in Massenmord, aus Demokratie wurde Diktatur, Andersdenkende wurden nicht geschützt, sondern gejagt von einer Gesinnungsjustiz. Das darf nie wieder passieren“, machte der dbb Chef deutlich und nannte „den unabhängigen öffentlichen Dienst, der ausschließlich im Dienst unserer Verfassung steht und allein Recht und Gesetz verpflichtet ist, ein wichtiges Bollwerk gegen jene, die unsere Werte und unsere Grundordnung angreifen und von Grund auf umgestalten wollen“.

Gerade aufgrund seiner eigenen historischen Erfahrungen betrachte sich der dbb stets „gleichermaßen als Zeuge und Gestalter von

politischen Veränderungen. Heute geht es auch im europäischen Kontext mehr denn je darum, die Errungenschaften einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung zu verteidigen, sind sie doch offenbar keine Selbstverständlichkeit. Der öffentliche Dienst ist dabei für unseren demokratisch verfassten Rechtsstaat ein unverzichtbarer Garant“, so Silberbach. Umso

wichtiger sei es, den Staatsdienst fit für die Herausforderungen der Stunde zu machen: „Leistungsstark, attraktiv, mobil, agil und digital muss Deutschlands öffentlicher Dienst aufgestellt sein – dann wird auch weiterhin Verlass auf ihn sein“, zeigte sich der dbb Chef optimistisch.

dbb bundesfrauenvertretung

Gleichstellungsgesetzgebung: Sachsen kann Vorbild sein

Die dbb bundesfrauenvertretung hat bei ihrer Herbstsitzung am 28. September 2018 in Dresden für eine zeitgemäße Gleichstellungsgesetzgebung und deren Umsetzung in Sachsen gewonnen. Die Vorzeichen des digitalen und demografischen Wandels müssten dabei vorausschauend einbezogen werden.

„Sachsen hat jetzt die Chance, die Gleichstellung im Land einen Quantensprung voranzubringen und Vorbild für andere Landesverwaltungen zu sein“, machte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, deutlich. Darüber hinaus eröffne die Digitalisierung etwa über die Einführung von mobiler und flexibler Arbeit für alle Beschäftigten neue Spielräume, um eine zeitgemäße und diskriminierungsfreie Verwaltungskultur zu schaffen. „IT-Ausstattung, digitale Infrastruktur, Arbeitszeitregelungen und Gleichstellung müssen zusammen gedacht werden. Nur so kann die öffentliche Verwaltung auch in den ländlichen Gebieten gut ausgebildeten Frauen eine aussichtsreiche und attraktive berufliche Zukunft ermöglichen“, hob Wildfeuer hervor.

Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, machte deutlich, wie wichtig ein zeitgemäßes Gleichstellungsgesetz für die wirtschaftliche und politische Stabilität des Bundeslandes sei: „Der Freistaat Sachsen steht vor vielen Herausforderungen, eine wichtige ist die Gestaltung der Zukunft seines öffentlichen Dienstes. Wenn die durch die Staatsregierung initiierten Maßnahmen wie die Ausbildungsoffensive und die Etablierung einer Arbeitgeber-Marke für den Freistaat Erfolg haben sollen, ist es unumgänglich, das Thema Chancengerechtigkeit dauerhaft in den Fokus zu rücken. Der SBB wird sich auch weiterhin mit seinen Fachgewerkschaften aktiv in diesen Prozess einbringen“, erklärte Seidler.

dbb bundessenorenvertretung

Internationaler Tag der älteren Menschen: Für respektvollen Umgang

Die Zweite Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung Uta Kramer-Schröder hat zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober 2018 zum respektvollen Umgang der Generationen miteinander aufgerufen.

„Der internationale Tag der älteren Menschen ist bei uns relativ unbekannt. Das wäre ein gutes Zeichen, wenn die besonderen Bedürfnisse und die Situation älterer Menschen in den restlichen 364 Tagen des Jahres genügend Aufmerksamkeit erhielten“, so Kramer-Schröder. Leider sei das nicht immer so. Auch, wenn es den meisten älteren Menschen in Deutschland vergleichsweise gut gehe, seien die Gefahr von Altersarmut sowie die unbefriedigende Pflegesituation nicht ohne Grund regelmäßig Themen bei Politik und Medien.

„Es geht aber nicht nur um existentielle Fragen, sondern ganz grundsätzlich um einen respektvollen Umgang im Alltag“, betonte Kramer-Schröder. „Deshalb setzt sich die dbb bundessenorenvertretung für Solidarität zwischen den Generationen ein und steht im regelmäßigen Austausch mit der dbb jugend. Nicht umsonst lautet das Motto des am 29. und 30. Oktober 2018 stattfindenden 2. Bundessenorenkongresses „Ob jung, ob alt – Zusammenhalt!“.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Tarifverhandlungen zur Verwaltungsreform: Einigung schafft Perspektive

Der dbb hat sich mit Thüringens Finanzministerin Heike Taubert am 8. Oktober 2018 auf einen Tarifvertrag zur Begleitung der anstehenden Verwaltungsreform geeinigt. Zentrale Elemente sind der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen, die Arbeitsplatzsicherung durch Qualifizierungsmaßnahmen und die Einkommenssicherung.

„Bei Veränderungen des Arbeitsplatzes werden stets die besonderen Lebensumstände der betroffenen Beschäftigten, beispielsweise Behinderungen, Lebensalter und besondere familiäre Belastungen berücksichtigt“, betonten die Tarifvertragsparteien. Entsprechend sind verschiedene Belastungsausgleiche in den Einigungsvorschlag eingegangen.

„Insgesamt handelt es sich um einen Kompromiss, der viele mögliche Nachteile für Kolleginnen und Kollegen abfedert und unser Ziel widerspiegelt, eine möglichst sozialverträgliche Gestaltung der Verwaltungsreform durchzusetzen“, hieß es aus Verhandlungskreisen vom dbb. Ministerin Taubert sagte: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten gute Arbeit

und Thüringen braucht eine leistungsfähige Verwaltung. Um auch künftig moderne und angemessene Verwaltungsstrukturen zu haben, werden mit der Reform notwendige Veränderungen vorgenommen. Mit der tarifvertraglichen Einigung wollen wir den Beschäftigten die Möglichkeit geben, auch in Zukunft eine attraktive Aufgabe in der Landesverwaltung zu übernehmen. Die Landesregierung wird prüfen, welche Elemente der Regelungen für die Tarifbeschäftigten auch für die Beamtinnen und Beamten des Freistaats übernommen werden können.“

Der ausgehandelte Vorschlag wird in den kommenden Wochen in den Gremien der Gewerkschaften abgestimmt.

Hessen

dbb und FDP: Pakt für zukunftssicheren öffentlichen Dienst

Nach einer entsprechenden Vereinbarung mit der SPD hat der der dbb Landesbund in Hessen am 4. Oktober 2018 auch mit der FDP einen Pakt für den öffentlichen Dienst geschlossen

„Die Sicherung eines gut ausgestatteten und ausgestatteten öffentlichen Dienstes ist für das Land Hessen von großer Bedeutung“, sagte der Vorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt in Wiesbaden. „Daher ist es für uns wichtig, mit den politischen Akteuren möglichst schon vor den Landtagswahlen gemeinsame Positionen zu verabreden.“ Dazu hatte Schmitt alle Parteien im Landtag wiederholt auch öffentlich aufgerufen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende René Rock hatte die Anregung aufgegriffen, und so entstand eine Vereinbarung über die Zukunftssicherung des öffentlichen Dienstes. Darin ist

beispielsweise festgehalten, dass es weder für Tarifbeschäftigte noch für Beamtinnen und Beamte zukünftig Nullrunden geben soll, und dass Hessen die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder anstreben müsse.

Wert legte der dbb Landesvorsitzende auf die Feststellung, dass mit diesen Vereinbarungen keine pauschale Wertung über die Arbeit der amtierenden Landesregierung verbunden sei. Der dbb Hessen sei parteipolitisch neutral und werde auch künftig keine Wahlempfehlung abgeben.

Niedersachsen

Kürzungen bei Pensionen sind inakzeptabel

Der NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion hat der Forderung des Steuerzahlerbundes nach massiven Kürzungen bei den Pensionen und bei der Beihilfe deutlich widersprochen. Diese seien „nicht berechtigt, höchst unseriös und wenig hilfreich“.

Die Beamtinnen und Beamten hätten einen rechtlichen Anspruch auf die Pensionen durch ihr Arbeitsleben im öffentlichen Dienst erworben. Die entsprechenden Zahlungen könnten damit nicht als willkürliches Hilfsmittel der Haushaltspolitik eingesetzt werden. „Der erneute Versuch des Steuerzahlerbundes, gegen

eine einzelne Gruppe Stimmung zu machen, wird von uns aufs Schärfste zurückgewiesen. Das alljährliche Schauspiel, das hier aufgeführt wird, wird durch seine ständigen Wiederholungen nicht besser“, sagte NBB-Vorsitzende Martin Kalt.

Nordrhein-Westfalen

Land zahlt deutlich zu wenig Geld in Pensionsfonds ein

Im Interview mit der Neuen Westfälischen (Ausgabe vom 4. Oktober 2018) hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen Roland Staude Kritik an der Landesregierung hinsichtlich des Umgangs mit dem Pensionsfonds geübt. Sie vernachlässige die Vorsorge für die Beamtenpensionen, weil sie deutlich zu wenig Geld einzahle.

Bisher sei der Fonds durch Eigenleistung der Beamten in Höhe von zuletzt 1,6 Prozent der Gehälter angefüllt worden. Für jeden Beamten flossen so zuletzt knapp 600 Euro in den Pensionsfonds, insgesamt 600 Millionen Euro. Diese gesetzlich festgelegte Regelung endete

jedoch 2017. Seitdem hätte das Land selbst in den Pensionsfonds einzahlen müssen, so Staude. Um ihn weiter wie bisher aufbauen zu können, wären 600 Millionen Euro nötig – geplant sind laut Haushaltsentwurf 2019 aber nur 200 Millionen Euro.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

World Teachers`Day: Investitionen in Lehrerausbildung gefordert

„Recht auf Bildung heißt Recht auf gut ausgebildete Lehrkräfte“, lautete das Motto des „World Teachers` Day“, der am 5. Oktober 2018 von der UNESCO, der internationalen Arbeitsorganisation ILO und dem Gewerkschaftsdachverband Bildungsinternationale (Education International) begangen wurde.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist eine der Gründungsorganisationen der Bildungsinternationale und setzt sich weltweit für gute Bildung sowie die Anerkennung und Stärkung der Profession der Lehrenden ein. Mit Blick auf die sowohl in Deutschland als auch international eklatanten Missstände im Bildungssystem mahnt der VBE höhere Investitionen für den Bildungsbereich an.

„Bildung ist Menschenrecht und das Fundament individueller und gesellschaftlicher Entwicklung. Die Politik ist unseren Kindern, unseren Lehrkräften und unserer Gesellschaft gegenüber verpflichtet, dieses Recht einzulösen. Das bedeutet: Es braucht seit langem und nicht erst ab morgen massive Investitionen in die Ausbildung qualifizierter Lehrkräfte. Der aktuell eklatante Lehrermangel ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge jahrelanger

Versäumnisse der Politik, vorausschauend und ausreichend zu investieren. Dort, wo wir Unterricht derzeit über Seiten- und Quereinsteiger/innen gewährleisten, braucht es entsprechende Vorqualifizierungen“, so der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann.

Hintergrund:

Seit 1994 wird der World Teachers` Day jährlich am 5. Oktober gefeiert – in Erinnerung an die „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“, die 1964 von UNESCO und ILO gemeinsam verkündet wurde. Seitdem heißt das Ziel: Qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für eine gute Bildung für alle Menschen. Die Bildungsinternationale, die weltweit rund 400 Lehrer- und Bildungsgewerkschaften mit mehr als 30 Millionen Mitgliedern vertritt, setzt sich für die „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“ und das 2015 von den Vereinten

Nationen verabschiedete Nachhaltigkeitsziel 4 zur Bildung ein. Dieses will bis 2030 „für alle Menschen inklusive, chancengerechte und

hochwertige Bildung sicherstellen sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen fördern“.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) **Schneller Zugriff auf kriminelle Vermögen**

Am 4. Oktober 2018 hat das Europäische Parlament neue Regeln verabschiedet, um kriminelle Vermögenswerte in grenzübergreifender Zusammenarbeit schneller einfrieren und kriminelles Eigentum konfiszieren zu können. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) begrüßte das mit großer Mehrheit gefasste Votum.

„Das ist dringend notwendig, denn der Schaden, der durch die organisierte Kriminalität jährlich verursacht wird, geht in die Milliardenhöhe und macht vor Ländergrenzen nicht halt“, erklärte der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Schengen und der Binnenmarkt seien große Errungenschaften, erforderten aber mehr Zusammenarbeit in der inneren Sicherheit. „Wenn wir die Freizügigkeit in Europa bewahren wollen, müssen die nationalen Strafverfolgungsbehörden effektiver zusammenarbeiten können. Die Kolleginnen und Kollegen wollen das auch, aber es braucht selbstverständlich die rechtlichen Grundlagen dafür und natürlich auch die gebotene personelle und sachliche Ausstattung“, so Wendt. Das Europäische Parlament habe mit seiner Abstimmung eine wichtige rechtliche Grundlage gelegt. „Nun muss der Rat noch zustimmen,

und die Mitgliedstaaten sind darüber hinaus aufgefordert, auch die erforderlichen Voraussetzungen in ihrem nationalen Verantwortungsbereich zu schaffen.“

Der DPOIG Bundesvorsitzende sieht darüber hinaus weiteren Handlungsbedarf in Deutschland und Europa: „Strengere Regeln und kürzere Fristen für das Einfrieren und die Beschlagnahme von Vermögen in der EU können nur ein erster Schritt sein hin zu einer effektiven Bekämpfung von organisiertem Verbrechen. Wir brauchen dringend auch einen besseren Datenaustausch zwischen den einzelnen Ländern und die Einführung der Beweislastumkehr beim Vermögensnachweis in allen europäischen Staaten. Deutschland hinkt dort leider noch hinterher.“

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (VBOB) **Bund: Beamtinnen und Beamte wollen Arbeitszeitverkürzung**

Die VBOB Bundesvorsitzende Rita Berning hat am 5. Oktober 2018 bei dem für das Dienstrecht zuständigen Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Helmut Teichmann erneut für kürze Arbeitszeiten für die Beamtinnen und Beamten des Bundes geworben.

Die Rückführung der wöchentlichen Arbeitszeit bewege die Kolleginnen und Kollegen derzeit ganz besonders, erklärte Berning. Dabei gehe es nicht nur um die Zeit, sondern „um ein Signal der Wertschätzung“. Die Beschäftigten fühlten sich nicht ernst genommen, wenn ihnen Sonderopfer abverlangt und in diesem Zusammenhang gemachte Zusagen nicht eingehalten würden. „Das ist absolut frustrierend und demotivierend“, so Berning.

Der VBOB werde zudem weitere Modernisierungen der Arbeitsbedingungen entschieden einfordern, auch wenn sie nicht im Koalitionsvertrag festgehalten sind. Dazu gehören laut Berning die Einführung von Langzeitkonten, der Ausbau des flexiblen und mobilen Arbeitens sowie der Modernisierung des Laufbahnrechts. Der Staat müsse seine Attraktivität als Arbeitgeber weiter erhöhen, um sich im zunehmenden Ringen um die besten Köpfe behaupten zu können.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) **Zoll braucht mehr Ausbildungskapazitäten**



Der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes hat beim Austausch mit Rolf Bösing, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, erneut für höhere Ausbildungskapazitäten geworben.

Nach der beabsichtigten Verbesserung bei den Planstellen und den Einstellungsermächtigungen gelte es nun, eine zukunftsfähige Aus- und Fortbildungsinfrastruktur zu errichten. Die Ausbildungskapazitäten werden voraussichtlich zum 1. August 2019 um rund 40 Prozent auf jährlich dann insgesamt 700 Anwärter/innen des gehobenen Dienstes und 1.250 Anwärter/innen des mittleren Dienstes erhöht. Der

BDZ fordert dagegen eine Erhöhung auf insgesamt 2.500 jährlich einzustellende Nachwuchskräfte. Neben verbesserten Anreizen für hauptamtliche Lehrende bedürfe es zudem dringend einer kurzfristigen Erweiterung der räumlichen Ressourcen der Bildungseinrichtungen des Zolls.

Namen und Nachrichten

Am 17. Oktober 2018 starten die Tarifverhandlungen zwischen dem **dbb** und dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS). Zunächst soll über das Entgelt verhandelt werden. Die Verhandlungskommission des dbb hat ihre Forderungen Ende August beschlossen und der Arbeitgeberseite nun zum Verhandlungsaufakt zugeschickt. Die Kernforderungen umfassen deutliche Entgelterhöhungen, höhere Zeitzuschläge und eine neue Eingruppierungssystematik.

Der **Bayerische Beamtenbund (BBB)** hat am 2. Oktober 2018 auf wiederholte Gerüchte reagiert, die Staatsregierung plane die Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte zu kürzen oder sogar komplett abzuschaffen. Auf seiner Internetseite verwies der BBB dazu auf ein Interview im Donaukurier mit Landesfinanzminister Albert Füracker. Dieser wird mit den Worten zitiert: „Es gibt keinerlei Sparpläne oder geplante Kürzungen bei unseren Beamtinnen und Beamten und überhaupt keine Notwendigkeit, auch nur über irgendwelche Kürzungen nachzudenken.“

Beim Kongress der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) in Dublin ist der stellvertretende DSTG Bundesvorsitzende **Florian Köbeler** zum UFE Präsidenten gewählt worden. DSTG Chef und dbb Vize Thomas Eigenthaler hatte auf eine Kandidatur verzichtet, um „durch die frühzeitige Übertragung von Verantwortung einen rechtzeitigen Generationswechsel zu ermöglichen“, wie die DSTG am 28. September 2018 mitteilte. Die UFE vertritt die Interessen von mehr als 400.000 Steuer- und Zollbeamtinnen und -beamten.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat anlässlich der Tagung der Kultusministerkonferenz (KMK) am 11. Oktober 2018 erneut für sein Modell zur Zulassung zum Studium der Humanmedizin geworben. DPhV Chefin **Susanne Lin-Klitzing** schlägt eine Steigerung der Abitur-Besten-Quote auf 30 Prozent vor. Für die Auswahlverfahren an den Hochschulen sollen neben der Abiturdurchschnittsnote zwei weitere Faktoren aufgenommen werden: Zwei Fünftel sollten über die Abiturdurchschnittsnote, drei Fünftel über evidenzbasierte Mediziner-tests und medizinische Vorerfahrungen eingebracht werden. Zudem schlägt Lin-Klitzing in den Auswahlverfahren der Hochschulen eine Binnenquote von 5 Prozent beispielsweise für die „Landarztquote“ vor, welche die Länder gemäß dem Masterplan Medizin 2020 bedarfspezifisch ausfüllen können.

In den technischen Fachverwaltungen des Bundes, der Länder und Kommunen fehlt das Fachpersonal. Darauf hat die dbb Fachgewerkschaft BTB am 8. Oktober 2018 hingewiesen. Dieser Personalmangel zeige schon jetzt negative Folgen, erklärte der BTB Bundesvorsitzende **Jan Seidel**. Notwendige öffentliche Bauvorhaben, wie etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich, könnten wegen fehlender Ingenieure und Architekten nicht im erforderlichen Maß umgesetzt werden. Trotzdem fehle jegliche politische Anstrengung, um qualifiziertes technisches und naturwissenschaftliches Fachpersonal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. „Eine billige Lösung, wie beispielsweise die Ansprüche an die Qualifikation zu senken, um so mit niedrigeren Gehältern mit geringer Qualifizierten die Herausforderungen zu meistern, wird niemals gelingen“, machte Seidel deutlich.

Kommende Termine:

29. Europäischer Abend
15. Oktober 2018

13. dbb Medienkonferenz
22./23. Oktober 2018

12. Forum Personalvertretungsrecht
8./9. April 2019